

Neun Jahre gemeinsame Schule für alle - auf jedeN kommt es an! Die Neue Schule für Niedersachsen

PISA hat es gezeigt: Deutsche Schülerinnen und Schüler schneiden im internationalen Vergleich schlechter ab. Das deutsche Schulsystem produziert zu viele Abbrecherinnen und Abbrecher und zu wenige Abiturientinnen und Abiturienten. In keiner anderen Industrienation hängt der Bildungserfolg so stark von der sozialen Herkunft ab wie in Deutschland.

Die Landesdelegiertenkonferenz von Bündnis 90/Die Grünen Niedersachsen hat deshalb am 15.11.2003 in Oldenburg beschlossen:

„Gerade angesichts der Rückkehr der konservativ-liberalen Landesregierung zu überholten Schulstrukturen des vergangenen Jahrhunderts ist es um so notwendiger, zukunftsorientierte schulpolitische Alternativen aufzuzeigen, um Lehren und Lernen den Anforderungen einer modernen und leistungsfähigen Gesellschaft anzupassen. Im Gegensatz zur Ausweitung frühzeitiger Selektion und sozialer Diskriminierung in Niedersachsen fordern wir daher den Umbau des gegliederten Schulwesens zu einer neunjährigen gemeinsamen Basisschule für alle Schülerinnen und Schüler.“

Auf der Landesdelegiertenkonferenz am 13.11.2004 in Melle haben Bündnis 90/Die Grünen ihr Konzept „Neun Bausteine für die Niedersächsische Basisschule für Niedersachsen“ vorgelegt. In einer Anhörung der Verbände und in zahlreichen örtlichen Veranstaltungen wurden diese Bausteine zur Diskussion gestellt.

Auf der Grundlage dieses Dialogs beschließt die Landesarbeitsgemeinschaft Schule von Bündnis 90/Die Grünen das folgende

Rahmenkonzept für die Neue Schule für Niedersachsen

Unsere Ziele: alle Talente fördern – Ausgrenzung verhindern – Qualität verbessern

Die umfassende Bildung aller Menschen ist eine wesentliche Grundlage für die soziale, kulturelle und ökonomische Entwicklung unserer Gesellschaft. Ein leistungsfähiges Bildungsangebot gehört zu den bedeutendsten Grundlagen und Voraussetzungen für die Verbesserung der Lebensqualität und die Förderung von Beschäftigung. Mit Blick auf die zunehmende Globalisierung und den demografischen Wandel wächst die Bedeutung von Bildung für die Integration der Menschen in eine solidarische Gesellschaft. Unsere Gesellschaft kann es sich nicht leisten, auf Talente zu verzichten.

In unserem Bildungssystem werden die Lern- und Leistungspotenziale von Kindern und Jugendlichen jedoch nur unzureichend genutzt. Wir wollen die Entwicklungspotenziale aller Schülerinnen und Schüler unterstützen und die Grundlagen für ein lebenslanges Lernen vermitteln.

I. Die Kita – starker Start für alle Kinder

Gemeinsam mit den Eltern legen die Kitas das Fundament für die Bildung der Kinder. In den Kitas wird die soziale, emotionale, motorische, sprachliche, musische und kognitive Entwicklung der Kinder kindgerecht angeregt und umfassend unterstützt.

Wir wollen die Kitas zu qualifizierten Bildungsstätten ausbauen. Alle Kinder, insbesondere aber Kinder aus benachteiligten sozialen Verhältnissen und behinderte Kinder werden gezielt gefördert. Alle Kinder ab dem vollendeten ersten Lebensjahr erhalten einen Rechtsanspruch auf einen Ganztags-Kitaplatz

Das letzte Kindergartenjahr vor der Einschulung wird als kostenfreies, verpflichtendes „Bildungsjahr für Kinder“ gestaltet. In diesem Jahr wird der Übergang auf die Schule vorbereitet.

Die Arbeit der Kitas orientiert sich an verbindlichen Bildungsstandards. Gemeinsam mit den Trägern der Kitas wird ein Qualitätsmanagement aufgebaut. Die Ausbildung der Kita-Erzieherinnen und –Erzieher wird auf ein Hochschulniveau angehoben, wie es in anderen europäischen Ländern längst üblich ist.

Die Kitas werden schrittweise zu Familienzentren ausgebaut. Hier werden die Eltern beraten und unterstützt und intensiv in die Arbeit der Kitas einbezogen.

Die Kosten für den Ausbau der Kindertagesstätten müssen von Bund, Land und Kommunen gemeinsam getragen werden. Wir setzen uns dafür ein, dass hierfür das Ehegattensplitting durch eine Individualbesteuerung ersetzt wird, bei der nur noch ein festgelegter Höchstbetrag auf den Ehepartner übertragen werden kann.

II. Die Neue Schule: gemeinsam, ganztags, gut

In einem längerfristig angelegten Entwicklungsprozess wollen wir die niedersächsischen Schulen bis zum Abschluss der Sekundarstufe I zu neunjährigen gemeinsamen Schulen weiterentwickeln. Sie befähigen die Schülerinnen und Schüler zur Gestaltung des eigenen Lebens, zur Beteiligung an gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen und zur Bewältigung der Anforderungen des

Erwerbslebens. Durch gemeinsames Lernen fördern sie die Entwicklung gemeinsamer sozialer und kultureller Werte und den Aufbau einer solidarischen Zivilgesellschaft.

1. Eine neue Lernkultur – individuell, vielfältig, erfolgreich

Die Neue Schule setzt auf die individuelle Förderung aller, sowohl der leistungsstarken als auch der leistungsschwächeren Schülerinnen und Schüler. Sie übernimmt die Verantwortung dafür, dass alle Schülerinnen und Schüler die Ziele der Schule erreichen. Ob Junge oder Mädchen, ob hochbegabt oder behindert, ob Schnellstarter oder Spätentwickler, ob deutscher Herkunft oder zugewandert: die Schule respektiert die Unterschiedlichkeit der Schülerinnen und Schüler und nutzt sie als Chance. Die Schülerinnen und Schüler regen sich gegenseitig an. Sie lernen mit- und voneinander. Kinder mit Migrationshintergrund erhalten die Möglichkeit sich mit ihren Herkunftskulturen auseinander zu setzen und auch ihre Herkunftssprachen weiterzuentwickeln.

Den Schülerinnen und Schülern wird von Beginn an mehr Eigenverantwortung für ihren Lernprozess übertragen. Sie erwerben eine Vielzahl von Arbeitsmethoden und Lernstrategien, die sie auch nach Abschluss der Schule nutzen können.

Statt Lernen im Gleichschritt wird der Unterricht stärker individualisiert. Jeder Schüler und jede Schülerin wird auf seinem Lernweg unterstützt. Es werden neue Formen (z.B. Portfolios) entwickelt, mit denen die individuelle Lern- und Leistungsentwicklung dokumentiert wird. Mit individuellen Förderkonzepten und –angeboten wird vermieden, dass Schülerinnen und Schüler sitzen bleiben oder auf andere Schulen verwiesen („abgeschult“) werden.

Die Interessen und Fragen der Schülerinnen und Schüler stehen im Mittelpunkt des Lernens. Problem- und anwendungsbezogene Lernformen und Lernprozesse in ganzheitlichen thematischen Zusammenhängen bestimmen die Arbeit. Auf der Grundlage weit gefasster Kerncurricula entwickeln die Schulen eigene Lernpläne und ihr pädagogisches Konzept.

Wir wollen allen Schulen bei der Entwicklung und Umsetzung ihres pädagogischen Konzepts und der Verwirklichung einer neuen Lernkultur durch den Aufbau eines Fortbildungs- und Beratungsangebots unterstützen.

2. Eine neue Schulstruktur: neun Jahre gemeinsam

Die Gliederung des Schulwesens in Schulformen mit verschiedenem Anspruchsniveau führt dazu, dass in den deutschen Schulen eine schärfere soziale Selektion stattfindet als in jedem anderen von PISA untersuchten Land.

Das gegliederte Schulwesen steht der Entwicklung einer neuen Lernkultur entgegen. Solange Schulen leistungsschwächere und lernbeeinträchtigte Schülerinnen und Schüler aussortieren, übernehmen sie nicht die Verantwortung für den Lernerfolg aller Schülerinnen und Schüler. Insbesondere an den Förderschulen Lernen und an den Hauptschulen entstehen - wie die PISA-Forscherinnen und -Forscher es nennen - „anregungsarme Lernmilieus“, die zu wenig Lernfortschritte ermöglichen. Aber auch die Schülerinnen und Schüler an den deutschen Gymnasien erreichen nicht die gleichen Leistungsspitzen wie die entsprechenden Schülergruppen in den gemeinsamen Schulen in Schweden und Finnland.

Bündnis 90/Die Grünen setzen sich deshalb dafür ein, dass die Schülerinnen und Schüler in der Regel 9 Jahre lang gemeinsam die Neue Schule besuchen. Die Neue Schule beginnt mit einer flexiblen Eingangsstufe, die in der Regel drei Jahre lang besucht wird, die aber auch in nur zwei oder in vier Jahren durchlaufen werden kann. Auch die Jahrgänge 4 bis 9 können in Stufen mit altersgemischten Lerngruppen gegliedert werden, die je nach Lerntempo in unterschiedlicher Zeit durchlaufen werden können.

In der Neuen Schule gibt es keine ausgrenzende äußere Differenzierung. Keine Schülerin und kein Schüler wird von Lernangeboten ausgeschlossen. Aber es gibt eine Vielfalt von Lernangeboten, zwischen denen die Schülerinnen und Schüler wählen können.

Mit jahrgangsübergreifenden Gruppen können kleine Neue Schulen eingerichtet werden. Dadurch ist es auch bei zurückgehenden Schülerzahlen möglich, wohnortnah ein vollständiges Schulangebot aufrecht zu erhalten.

3. Ganztagschule: mehr Zeit zum Lernen

Die Neue Schule ist eine echte Ganztagschule. Die verbindliche Kernzeit von ca. 8 bis 15 Uhr schafft den zeitlichen Rahmen für kreative Lernformen und eine intensive Förderung aller Schülerinnen und Schüler. Die Ganztagschule gestaltet ein attraktives Schulleben und nutzt die Öffnung zu außerschulischen Lernorten, zum Gemeinwesen und die Einbeziehung externer Expertinnen und Experten für vielfältige Lernmöglichkeiten. Die Schulen entwickeln einen Tagesrhythmus mit vielfältigen Lernangeboten, speziellen Förderangeboten, Phasen des eigenverantwortlichen Lernens, künstlerischen und sportlichen Angeboten und auch Ruhephasen und selbstverständlich mit einem gesunden, nach Möglichkeit ökologisch produzierten Mittagessen. Ein gutes Schulklima bietet den Rahmen dafür, dass Schülerinnen und Schüler, Lehrkräfte und Eltern respektvoll miteinander umgehen. Über die Kernzeit hinaus können freiwillige Angebote gemacht werden.

Eine gute Ganztagschule ist nicht zum Nulltarif möglich. Für den Ausbau der Neue Schulen zu Ganztagschulen werden die Ressourcen genutzt, die durch die Verkürzung der Schulzeit bis zum Abschluss der Sekundarstufe I von 10 auf 9 Jahre frei werden. Darüber hinaus sind zusätzliche Mittel erforderlich. Keineswegs jedoch dürfen Kosten in Form von Beiträgen auf die Eltern abgewälzt werden.

4. Pädagogische Architektur für ein vielfältiges Lernen

Eine vielfältige Lernkultur erfordert ein vielfältiges Raumangebot. Die Neuen Schulen benötigen neben den großen Unterrichts- und Fachräumen auch Möglichkeiten für Gruppenarbeit und für das Selbstlernen, Medienräume und gut ausgestattete Bibliotheken. Sie brauchen für das Ganztagsangebot eine Mensa und attraktiv gestaltete Pausen- und Freizeitflächen. Auch die Lehrkräfte benötigen einen eigenen Arbeitsplatz in der Schule, damit sie ganztags in der Schule präsent sind und die Möglichkeiten zur Zusammenarbeit verbessert werden. Architektur und Ausstattung der Schulen sollen erfolgreiches Lernen von Schülerinnen und Schülern unterstützen. Die Gestaltung des Schulgebäudes und des Schulgeländes gehört zum pädagogischen Konzept der Schule.

Bündnis 90/Die Grünen setzen sich deshalb bei den Schulträgern dafür ein, dass der Rückgang der Schülerzahlen genutzt wird, um das Raumangebot der Schulen zu verbessern, statt Schulgebäude zu schließen.

5. Beratungsteams für eine umfassende Förderung

In der Neuen Schule arbeiten die Lehrkräfte mit Teams von Fachkräften verschiedener Professionen zusammen, um alle Potenziale der Schülerinnen und Schüler zu entfalten und ihre Entwicklung umfassend zu fördern. Zum Personal der Schule gehören deshalb neben den Lehrerinnen und Lehrern sowie den Förderpädagoginnen und Förderpädagogen auch Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen. Darüber hinaus arbeiten die Neuen Schulen mit den kommunalen Gesundheitsdiensten, Sozialdiensten und der Jugendhilfe zusammen, damit - wie in den finnischen Schulen - regelmäßig auch Ärzte und medizinische Fachkräfte sowie Psychologinnen und Psychologen in der Schule anwesend und ansprechbar sind.

6. Die Neue Schule: demokratisch, ...

Lehrkräfte, Schülerinnen und Schüler sowie Eltern gestalten die Entwicklung der Basischule vor Ort aktiv mit. Sie können paritätisch besetzte Mitwirkungsorgane wie z.B. ein Schulparlament, in dem jede Lerngruppe vertreten ist, einrichten. Basisdemokratische Abstimmungen und neue, projektorientierte Beteiligungsformen ermöglichen eine breite Beteiligung aller an der Schule lernenden und arbeitenden Menschen. Durch das aktive Erleben und Gestalten von Demokratie werden in der Schule wichtige Grundlagen für gesamtgesellschaftliche Meinungsbildungsprozesse gelegt.

7. eigenverantwortlich, ...

Die Neue Schule braucht Gestaltungsfreiheiten, um neue Lernformen und Lernangebote entwickeln und ihr Schulleben gestalten zu können. Reglementierende Erlasse und Verordnungen, die die Entwicklungsmöglichkeiten der Schulen einschränken, werden deshalb geöffnet oder aufgehoben.

Die Schulen erhalten ein eigenes Personal- und Sachkostenbudget, von dem auch die Lernmittel angeschafft werden können. In dieses Budget fließen sowohl Mittel des Landes als auch Mittel der Schulträger ein. Die Schulen stellen sowohl ihr pädagogisches als auch ihr Verwaltungspersonal selbst ein. Neue Arbeitszeitmodelle, die nicht mehr die Unterrichtsstundenverpflichtung, sondern die Gesamtarbeitszeit der Lehrkräfte festlegen, ermöglichen einen vielfältigeren Einsatz der Lehrkräfte.

8. und qualitätsbewusst

Die Neue Schule ist eigenverantwortlich für die Entwicklung ihrer Qualität. Sie orientiert ihre Arbeit an den vorgegebenen Bildungsstandards und Kerncurricula und am Orientierungsrahmen Schulqualität. Die Schulen entwickeln ein eigenes Qualitätsmanagement. Sie stellen sich der internen und der externen Überprüfung und ziehen aus deren Ergebnissen Konsequenzen für ihre weitere Arbeit. In regionalen Bildungsverbänden stimmen die Schulen ihre Entwicklungsschwerpunkte mit benachbarten Schulen ab. Die Schulen werden vom Land durch ein qualifiziertes Beratungs- und Fortbildungsangebot bei ihrer Qualitätsentwicklung unterstützt.

9. Abschlüsse der Neuen Schule

Die Neue Schule vergibt alle anerkannten Abschlüsse der Sekundarstufe I. Niemand bleibt ohne Abschluss. Bündnis 90/Die Grünen setzen sich dafür ein, dass ein neuer, allgemeiner Abschluss der Sekundarstufe I anerkannt wird. Dieser Abschluss enthält eine differenzierte Beschreibung der Lernentwicklung und des Leistungsstandes der Schülerinnen und Schüler und eine Empfehlung für den weiteren Bildungsweg.

III. Nach der Neuen Schule: das Gymnasium und die berufsbildende Schule

Nach dem Abschluss der Neuen Schule können die Schülerinnen und Schüler auf ein Gymnasium oder auf eine berufsbildende Schule übergehen. Sowohl das Gymnasium als auch die berufsbildenden Schulen knüpfen an die Schul- und Unterrichtskultur der Neuen Schule an.

Die Gymnasien arbeiten berufsorientierend und wissenschaftspropädeutisch. Die Schülerinnen und Schüler haben die Möglichkeit der individuellen Schwerpunktsetzung.

In der beruflichen Bildung werden Ausbildungsmodulare entwickelt, die die Durchlässigkeit zwischen den Ausbildungsgängen verbessern. Für neue Berufe, für die sich keine duale Ausbildungstradition entwickelt hat, werden neue Ausbildungsformen entwickelt. An die Stelle der Übergangssysteme und Warteschleifen in der Berufsbildung sollen Qualifikationsmodule treten, die zu qualifizierten Teilabschlüssen führen, damit kein Schüler und keine Schülerin ohne Abschluss bleibt. Weitere Produktionschulen werden für diejenigen Jugendlichen gegründet, die mit schulischen Lernformen nicht mehr erreicht werden.

IV. Der Weg zur Neuen Schule für Niedersachsen

Die bestehenden Schulen werden schrittweise zu gemeinsamen Neuen Schulen weiterentwickelt.

Bereits ab 2008 können Schulen und Schulträger die Umwandlung bestehender Schulen in Neue Schulen beantragen. Voraussetzung ist die Entwicklung eines pädagogischen Konzepts, das der Vielfalt der Schülerschaft gerecht wird und die individuelle Lernentwicklung aller Schülerinnen und Schüler ermöglicht. Eltern und Schülerinnen und Schüler werden an der Entwicklung der pädagogischen Konzepte der gemeinsamen Schule und deren Umsetzung aktiv beteiligt. Vom Land wird die Weiterentwicklung der Schulen zu Neuen Schulen durch eine professionelle Prozessbegleitung unterstützt.

Alle Schulen erarbeiten ab 2008 individuelle Förderkonzepte und -angebote, mit denen das Sitzenbleiben und die Abschlusssicherung entbehrlich werden. Für die Förderung wird die personelle Ausstattung in den Schulen ausgebaut. Hierfür werden die Ressourcen genutzt, die durch den Rückgang der Schülerzahlen von 2008 bis 2013 um ca. 10% und durch die Abschaffung des Sitzenbleibens frei werden.

Ab 2008 wird mit der Einstellung einer gemischten Lehrerschaft in der Sekundarstufe I begonnen, so dass an allen Schulen der Sekundarstufe I sowohl Gymnasiallehrkräfte als auch Haupt- und Realschullehrkräfte tätig sind. Die Lehrerbildung wird auf ein gemeinsames Lehramt umgestellt.

Die Förderschulen werden ab 2009 schrittweise in die allgemeinen Schulen integriert und ihre Förderressourcen in die gemeinsame Schule eingebracht.

Die Schülerinnen und Schüler werden nicht mehr am Ende der 4. Klasse auseinandersortiert, sondern besuchen bis zum Abschluss der Sekundarstufe I gemeinsam eine Schule. Die Umgestaltung zu gemeinsamen Schulen vollzieht sich jahrgangsweise aufsteigend.

Die Schulen der Sekundarstufe I beginnen eine Kooperation mit den Grundschulen. Die Schulträger bekommen die Möglichkeit, durchgehende neunjährige Neue Schulen zu bilden.

Das Land startet ab 2008 ein Unterstützungs- und Entlastungsprogramm für die Lehrkräfte. Es beginnt eine Qualifizierungsoffensive, in der die Lehrkräfte und das übrige pädagogische Personal auf die Arbeit in einer neuen Lernkultur und insbesondere auf den Umgang mit der Vielfalt der Schülerschaft vorbereitet werden. Zugleich wird die Lehrerbildung entsprechend weiterentwickelt. Das Land entwickelt ab 2008 jahrgangsweise neue, schulformübergreifende Bildungspläne für die Schulen.